

Hans Klinner
- Vorsitzender -



Seniorenrat der Stadt Langenzenn
Hans Klinner, Wiesenweg 9, 90579 Langenzenn

Offener Brief

an
Herrn Landrat Matthias Dießl
Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Herrn Bundesminister für Digitales und
Verkehr Dr. Volker Wissing
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz

Wiesenweg 9
90579 Langenzenn
Tel.: 09101/9613 – Büro:703-630
e-mail: seniorenrat@langenzenn.net

<https://seniorenrat-langenzenn.hpage.com/aktuelles.html>

21. September 2022

ÖPNV-Ticket / Nachfolge-Lösung

Sehr geehrte Herren,

der Seniorenrat der Stadt Langenzenn setzt sich seit Jahren mit dem Thema Mobilität auseinander. Eine ausreichende Mobilität ist vor allem für die ältere Generation ein wesentlicher Teil der gesellschaftlichen Teilhabe. Viele ältere Menschen fahren kein eigenes Auto mehr und sind deshalb umso dringender auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen.

Deshalb haben wir uns in den zurückliegenden Jahren immer dafür stark gemacht, dass auch der örtliche Tarifverbund VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg) hier sein Angebot nutzerfreundlicher macht – auch und insbesondere für Senioren.

Der VGN ist der zweitgrößte Flächen-Verkehrsverbund in Deutschland und leider auch der teuerste. Besondere fällt dabei noch auf, dass er als einer der ganz wenigen keine eigene preisreduzierte Seniorenkarte vorhält.

Mit dem Ende des 3-monatigen ÖPNV-Tickets – und dem niemals erwarteten enorm hohen Verkaufs- und Nutzerzahlen von über 60 Millionen wird als Ergebnis ganz klar deutlich:

1. Die deutsche Bevölkerung wartet auf einen preiswerten ÖPNV und nutzt diesen dann auch.

In der Vergangenheit wurde oft betont, dass das ein ausreichendes Verkehrs-Angebot an erster Stelle der Notwendigkeiten steht. Dies wurde mit der 9€-Variante deutlich widerlegt. Der enorm hohe Zuspruch erfolgte trotz ungenügender Flächenanbindung und trotz teilweise übervoller Züge.

In der Vergangenheit und auch aktuell dreht sich alles um die Finanzierung eines preisgünstigen ÖPNV. Dabei war es in der Vergangenheit Usus, dass jede Ebene auf die jeweils andere verwiesen hat.

Hier sind u.E. die Städte und Landkreise, jedes Bundesland und die Bundesrepublik gemeinsam gefordert. Aus Klimaschutzgründen und zum Erhalt der Mobilität jetzt zu handeln.

2. Für die Städte und Landkreise ist unsere Forderung, für alle einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen sofort ein Sozialticket zu finanzieren und anzubieten.

Dies dürften auch bereits derzeit die kommunalen Haushalte leisten können. Viele Städte und auch Landkreise haben dies bereits bewiesen. Für den VGN im Landkreis Fürth fordern wir konkret das monatliche Sozialticket für 15 € oder die Ausgabe von monatlich 3 kostenfreien VGN-Tickets Preisstufe 6.

3. Für den örtlichen Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) fordern wir für mobilitäts-eingeschränkte Personen (Senioren, Behinderte, etc.) die Einführung eines Tagestickets für 5 € für den VGN-Gesamtraum.

4. Für das Bundesland Bayern und die Bundesrepublik gilt, dass die Verkehrswege-Finanzierung offengelegt wird auf dem Hintergrund, dass ab dem Haushaltsjahr 2023 für den ÖPNV deutlich mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden zu Lasten des Straßenverkehrs.

Ministerpräsident Markus Söder hat vor Jahren bereits deutlich gemacht, dass für alle bayerischen Großräume eine neue kundenfreundliche Preisstruktur geschaffen werden muss auf der Grundlage eines 365 €-Tickets. Die Mittel des Freistaates wurden jedoch nicht entsprechend erhöht.

In den Großräumen in Bayern herrscht ein deutliches Gefälle – auch in Sachen Finanzaufwendungen durch den Freistaat.

Demzufolge sind auch die Fahrpreise in den einzelnen Großräumen höchst unterschiedlich.

Es ist z.B. nicht nachvollziehbar, dass im Großraum Nürnberg im VGN Senioren für ein **Tagesticket** zwischen 65 und 120 % mehr zahlen als für dieselbe Strecke im Münchner Verkehrsverbund MVV.

Hier ist u.E. vor allem der Ministerpräsident Söder gefordert gleiche Bedingungen auch für seine Heimatregion Franken zu schaffen. Zumal in der Fläche viele notwendige Versorgungseinheiten wie z.B. Fachärzte, Gesundheitseinrichtungen, Bekleidungsgeschäfte, Kultureinrichtungen, etc. fehlen und deshalb gerade Senioren aus dem Umland auf einen bezahlbaren ÖPNV angewiesen sind.

5. Für den Bund gilt die Notwendigkeit aufgrund der Erfahrungen mit dem ÖPNV-Ticket, zeitnah ein preisgünstiges Nachfolge-Angebot durch eine entsprechende Finanzierung zu sichern, damit insbesondere auch den Senioren die entsprechende Mobilität gewährleistet wird.

Zumindest ein **Länderticket für monatlich 29 €** muss die Zielsetzung sein, auch wenn dies vorerst ggf. nur in Stufen eingeführt wird (Senioren, Schüler, Studenten, Auszubildende, etc.).

Ein günstiges Monatsticket muss dann auch Auswirkungen auf den Preis eines Einzelfahrscheines haben, da es nicht opportun ist, nur die Vielfahrer zu entlasten, sondern auch mobilitätseingeschränkte Personen (wie z.B. Senioren) als gelegentliche ÖPNV-Nutzer.

Ein 365 €-Jahres-Ticket für alle wäre unseres Erachtens der letzte anzugehende Schritt für den eine klare zeitliche Perspektive geschaffen werden sollte – insbesondere aus klimapolitischen Gründen.

Ein konsequenter Umbau der Bundes- und Länderhaushalte hin zu einer klima- und gesellschaftspolitische angezeigten sozialen und nachhaltigen Wirtschaftsweise würde hier finanzielle Spielräume schaffen.

Für einen weiteren Austausch zu diesem Thema stehen wir gerne zur Verfügung und freuen uns über eine positive Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Klinner
Vorsitzender